

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Schaffung eines Labels zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit gesellschaftlich verantwortungsvoller Personalpolitik

Auf dem Personalmarkt haben vermehrt nur noch Personen eine Chance, die gut ausgebildet sind und über Praxis verfügen, eine „gradlinige“ Berufslaufbahn vorweisen können, noch nicht zu alt und voll leistungsfähig sind. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit wird in unserer Stadt nachgerade zum brennenden Problem.

Wenn in einer Gesellschaft nur noch 30-50 Jährige, Topgesunde und beruflich Makellose Stellen finden, hinterlässt das tiefe Spuren. So wird der Graben zwischen Ausbildung und Praxis immer breiter und es gibt immer mehr Menschen mit beruflicher Perspektivlosigkeit – verbunden mit Verlust von Lebensqualität. Das kann je nach Persönlichkeit Suchtverhalten und Depression auslösen oder die Gewaltbereitschaft erhöhen. Die neusten Statistiken (Jugendarbeitslosigkeit, Zunahme IV-Renten und Fürsorgeabhängigkeit, Steigerung Krankenkassen-Prämien, individuelle Verschuldung, mehr Gewalt usw.) sprechen für sich.

Schlussendlich schadet diese Entwicklung nachhaltig der Volkswirtschaft. Die meisten der Arbeitslosen, Ausgesteuerten und Frührenten-Beziehenden verfügen nämlich durchaus über Ressourcen, Fähigkeiten und Kräfte. Diese können sie der Wirtschaft aber nicht zur Verfügung stellen – stattdessen müssen sie (meist gegen ihren Willen) von Versicherungs- und Staatsgeldern leben.

Glücklicherweise gibt es immer noch und immer wieder Arbeitgebende (Private oder Öffentliche), die bewusst eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Personalpolitik betreiben. Leider wird das aber zu wenig sichtbar. Mit einem Qualitätslabel kann hier Transparenz geschaffen und deren Image aufgewertet werden. Dank offensiver PR- und Medienarbeit (z.B. jährliches Event der Label-Vergabe, Ernennung „Arbeitgeber des Jahres“) werden neue Arbeitgebende motiviert, dieses Label ebenfalls anzustreben.

Als Kriterien für die Erlangung stehen folgende Punkte im Vordergrund:

- Angebot an Lehrstellen und Ausbildungsplätzen;
- Angebot von Praktikums-Plätzen für Berufseinsteigende;
- Neuanstellung von Personen über 50;
- Engagement auf dem „ergänzenden“ oder „sekundären“ Arbeitsmarkt (Einsätze für Langzeit-Arbeitslose, Teillohn mit Zuschuss, Rentenbeziehende IV mit Zusatzverdienst usw.).

Natürlich kann nicht erwartet werden, dass Kleinbetriebe jedes dieser Kriterien erfüllen. Die genauen Bedingungen zur Erlangung des Labels sollen von einer Projektgruppe ausgearbeitet werden, die sich aus folgenden Vertretungen zusammensetzt:

- Arbeitgeber (z.B. KMU oder HIV);
- Gewerkschaften;
- Wirtschaftsamt;
- Direktion für Soziale Sicherheit Stadt Bern.

Möglich ist auch die Entwicklung eines Zusatzmoduls zu einem bereits bestehenden Label.

Wir bitten den Gemeinderat, ein Projekt zur Schaffung eines städtischen oder regionalen Labels zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit gesellschaftlich verantwortungsvoller Personalpolitik zu prüfen.

Bern, 19. August 2004

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Andreas Zysset, Sabine Schärker, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Guglielmo Grossi, Christian Michel, Thomas Götting, Michael Aebersold, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Walter Christen, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Ruedi Keller, Peter Blaser

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der im Vorstosstext aufgezeigten Problematik bewusst und er versteht, wenn die Personalpolitik verschiedener Firmen zu Sorgen Anlass gibt. Es gilt, der Ausgrenzung gewisser Bevölkerungskreise aus dem Erwerbsleben und den daraus resultierenden schwerwiegenden sozialen und persönlichen Folgen zu begegnen. Beispielsweise, indem wieder vermehrt Lehrstellen und Praktikumsplätze geschaffen sowie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenfalls beschäftigt bleiben oder neu angestellt werden.

Auch die privaten Unternehmungen haben nach Ansicht des Gemeinderats eine soziale Verantwortung, die sie gewissenhaft wahrnehmen sollten. Erfreulicherweise gibt es viele, zum Teil kleine Unternehmungen, die meist mit grossem persönlichen, betreuerischen und finanziellen Engagement eine gesellschaftspolitisch verantwortungsvolle Personalpolitik betreiben. Auch wenn ein Label zur Anerkennung von Arbeitgebenden mit einer vorbildlichen Personalpolitik alleine die Probleme nicht löst, kann sich der Gemeinderat vorstellen, dass ein solches eine positive Wirkung haben kann. Er ist deshalb bereit, die Schaffung eines entsprechenden Labels zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären

Bern, 2. Februar 2005

Der Gemeinderat